

Kurz zitiert und kommentiert: Beiträge aus der Rathauszeitung vom 12.02.13

1. „Vorfahrt für den Umweltverbund“ betitelt die RAZ ihren Artikel zum „einstimmigen“ Beschluss des „Mobilitätskonzepts 2025“. Der Vorteil sei, dass dieses Konzept nun „für alle künftigen Einzelprojekte der Verkehrsplanung und des Straßenbaus als Wegweiser dient“ (RaZ, ebd.). Seltsam nur, dass der Rat noch vor ein paar Wochen ernsthaft darüber nachgedacht hatte, aus dem „Verkehrsverbund“ mit dem Umland auszusteigen, weil die ÖPNV-Kosten permanent noch oben getrieben würden, ohne dass die Stadt etwas nennenswertes dagegen unternehmen könne. So sah sich Die Linke sogar genötigt, die Verwaltung zu beauftragen, zu prüfen, ob die steigenden Kosten nicht durch die Einführung eines „Sozial-Tickets“ für die Stadt Trier kompensiert werden könnten, so dass Bedürftige mehr am kulturellen Leben teilnehmen könnten. (Eine Maßnahme, die schon seit 2009 gefordert und überprüft wird.)

Des Ungeachtet bringt eine Bemerkung von Thomas Albrecht (CDU) die ganze innere Widersprüchlichkeit des „Mobilitätskonzepts 2025“ auf den Punkt: Einerseits stellt er fest, dass das Verkehrskonzept „inhaltlich zu 90% unumstritten sei“ (RaZ, ebd.); andererseits seien aber „das größte Hindernis bei der Umsetzung des Gesamtprojekts das fehlende Geld und die Mitnahme der Bevölkerung“ (RaZ, ebd.). Mit anderen Worten: Sowohl politisch als sachlich bedeutet dies eine demokratische Bankrotterklärung. Denn wenn die Bevölkerung bisher noch nicht hat „mitgenommen“ werden können, dann wird man endlich einmal realistisch auf die Situationen vor Ort sehen müssen. Dann zeigt sich allerdings, dass die Bevölkerung keineswegs grundlos gegen das Mobilitätskonzept aufbegehrt. Immerhin haben zahlreiche „Ortsbeiräte“ das Konzept im Vorfeld der Abstimmung des Rates der Stadt Trier schlichtweg abgelehnt. Diese Voten der bevölkerungsnächsten Gremien einer kommunalen Selbstverwaltung in einer Stadt wurden aber durchweg von den Mandatsträgern im Rat ignoriert. Denn anders kann man nicht verständlich machen, weshalb die Abstimmung im Rat „einstimmig“ verlaufen ist (– obwohl zahlreiche Ortsbeiräte dagegen waren). Hier wurden wieder einmal banale „Parteiinteressen“ im Rat den Bedürfnissen der Bevölkerung vor Ort vorgezogen. Das liest sich dann beispielweise in der Rathauszeitung aus Sicht der FDP so: Als positiv zu bewertendes „Schlüsselprojekt“ des „Mobilitätskonzepts 2025“ wird hier doch tatsächlich der „Moselaufstieg“ (RaZ, ebd.) bewertet. So als ob es keinen Beschluss des Stadtrates im Jahre 2011 gegen den Moselaufstieg gegeben habe!? Doch diese Beispiel zeigt, worum es bei diesem Konzept wirklich geht: politische Machtspielchen im Rat. So verlautet den auch Peter Spang von der FWG: „Das Mobilitätskonzept darf keine Wunschliste sein“ (RaZ, ebd.). Freilich! – Aber wenn die seit Jahren und Jahrzehnten brennenden Verkehrsprobleme, von denen die Menschen vor Ort in den Stadtteilen geplagt werden, überhaupt nicht mehr zur Lösung zur Debatte stehen, weil sie vom Rat der Stadt Trier als bloße „Wunschliste“ diffamiert werden, oder nicht (zeitnah) umgesetzt werden können, weil angeblich aus Mainz keine Fördermittel bereitgestellt würden, dann hat sich die Bedeutung des Begriffs „Demokratie“ entschieden gewandelt. Wir haben es hier nur noch mit einer von den Bedürfnissen der Anwohner/innen vor Ort völlig abgehobenen Parteienoligarchie zu tun. Wie seltsam muss den das Wort der Dezernentin klingen, wenn sie ausgerechnet dem Abgeordneten Lehnart von SPD zuruft, er möge „der Umsetzung des Konzepts die nötige Dynamik verleihen“ (RaZ, ebd.), so wüsste die Dezernentin überhaupt nicht, wer denn ihr Vorgänger im Amt war und was der sich z.B. in Kürenz als SPD-Dezernent geleistet hat? Doch nicht viel besser sieht es auch bei den Grünen aus: Träumen diese immer noch davon durch

das Mobilitätskonzept eine „Verlagerung des Autoverkehrs“ (RaZ, ebd.) zu erreichen, um damit die Verkehrsprobleme vor Ort zu lösen. Ein Beispiel für eine solche Lösung wäre die Einführung von „Expressbussen in die Höhenstadtteile“ (RaZ, ebd.). Eine Zeitersparnis von ca. 2 Minuten (nach eigenen Berechnungen der Verwaltung) würde die Anwohner sicherlich massenweise bewegen, mit dem Bus zu fahren, weil dieser sich ja „schneller“ bewegen könne. Dumm ist nur, dass die Anwohner in den vom Schnellbusverkehr“ betroffenen Straßen „lieber“ eine Tempo-30-Regelung in ihren Straßen umgesetzt haben wollen, was die Verwaltung (jetzt auch mit den Stimmen aller Fraktionen: „einstimmig“!) ablehnt, weil es sich hier um sog. „Einfallstraßen“ handele. Für diese Straße gilt: Die Anwohner müssten die „Zusatzbelastungen“ - aufgrund derer andere Wohnviertel entlastet würden - geduldig und ohne eine Möglichkeit auf Besserung zum Wohle der Allgemeinheit ertragen. Danke für diesen zynischen Verkehrslösungsansatz und für den uneigennütigen politischen Einsatz in den politischen Entscheidungsgremien des Rates der Stadt Trier. Wie gut tut da die „Verkehrsberuhigung auf der Römerbrücke!“ (RaZ, ebd.), wenn man der FDP glauben kann!? Aber das Mobilitätskonzept darf keine „Wunschliste“ nach Meinung der FWG sein. Über jede Umsetzung eines Projektes werde einzeln abgestimmt werden. Da kann man jetzt schon wetten, dass die „Römerbrücke“ eher „verkehrsberuhigt“ werden wird als so manche Straße, deren Anwohner schon seit Jahrzehnten auf „irgendeine“ Maßnahme der Stadt hoffen, die geeignet wäre, etwas zur Verkehrslösung vor Ort beizutragen. Diese „einstimmig“ (!) verabschiedete Verkehrspolitik taugt nichts. Und das zeigt, was sie wert ist.

2. In einem weiteren Artikel betitelt die Rathauszeitung: „Vier große Grundschulzentren“ (RaZ, ebd.).

Nun hätte man denken können, die Zeit der „Großschulbildungen“ sei eigentlich schon lange vorbei, weil es eine pädagogische Konzeption der 70`ziger und 80`ziger Jahre des letzten Jahrhunderts gewesen sei. Aber in Trier ist „man“ immer etwas hinter (dem Geist der Zeit) hinterher! So will man laut Rathauszeitung den „Ausbau der Ambrosius-Grundschule mit Platz für vier Klassen pro Jahrgang (!), Unterrichtung der Kinder dieses Bezirks [Trier Nord, J.V.] sowie aus dem Gebiet der auslaufenden Grundschulen Kürenz (!) und Martin.“ (RaZ, ebd.).

Wüsste ich nicht, dass über 50 Ortsbeiräte den Heiligkreuzer Vorschlag zur Umstrukturierung des Verwaltungsprozedere und der Meinungs- und Entscheidungsfindung im Stadtrat der Stadt Trier unterstützen, so müsste ich glauben, dass die Beschlüsse der Ortsbeiräte vor Ort von der Verwaltung – und hier von den Redakteuren der Rathauszeitung bewußt und willentlich ignoriert werden! Schon im letzten Jahr hat der Ortsbeirat von Kürenz ausdrücklich und auf nochmaliger Nachfrage des Ortsbeiratsvorsitzenden bei der Verwaltung von Seiten der Stadtverwaltung die schriftliche Zusage erhalten, dass alle Kinder aus Kürenz auf Wunsch der Eltern natürlich bevorzugt in eine Schule im eigenen Stadtteil gehen können. Doch wiederum wird hier eine künstliche Trennung von Seiten der Verwaltung zwischen „Altkürzen“ und Neu-Kürenz/Weidengraben und Petrisberg vorgenommen, obwohl sich der Ortsbeirat dagegen vielfach verwahrt hatte (vgl. Sitzungsprotokolle des Ortsbeirates sowie die Artikel auf dieser Homepage!). Es wird weiterhin von der Verwaltung behauptet, die Kinder der „auslaufenden Grundschule Kürenz“ (RaZ, ebd.) sollten nach Ambrosius gehen! Freilich: Wenn man eine Grundschule für viele Millionen Euro gerade jetzt aufpoliert, um ein vom Schulkonzept der Verwaltung gefordertes „großes Schulzentrum“ (RaZ, ebd.) errichten zu können, dass sich selbst aber nur durch den Zusammenschluss finanziell rechnet, dann

muss man sich nicht wundern, wenn diese illusionäre Planung von den Eltern nicht ernst genommen wird. So als ob es keine Leserbriefe und keine Kundgabe der Wünsche und Bedürfnisse der Menschen vor Ort gäbe, wird auch in diesem Fall über die Köpfe der Menschen vor Ort hinweggeplant. Die Eltern von Altkürenz wollen ihre völlig intakte Grundschule erhalten und nicht der Bodenspekulation der Stadt Trier im Verbund mit privaten Investoren preisgeben! Bevor ein Kind nach Ambrosius gehe, soll eine Beschulung im eigenen Stadtteil (hier in der Künegrundschule) erfolgen. Dieses gleiche Argument wird z.B. in Tarforst akzeptiert, wo die Kinder nicht nach Olewig transportiert werden sollen. Aber gleiches Recht für alle, ist in Trier durchaus ein Fremdwort, weil hier einzig und allein eine abgehobene Parteien- und Verwaltungsoligarchie das Sagen hat.

3. Somit kommen wir zum dritten Thema: Die FDP begrüßt in ihrer Sparte „Meinungen der Fraktionen“ in der Rathauszeitungsausgabe vom 12.02.13, dass „keine Kinder [aus Tarforst, J.V.] quasi nach Olewig ausgelagert müssen“ (RaZ, ebd.). Ganz im Gegensatz zu den Kindern in Altkürenz, denen man es von der FDP (und anderen Fraktionen!) unkommentiert zumutet nach Trier Nord „ausgelagert“ zu werden (siehe oben). Denn in Tarforst wird der Ausbau der bestehenden Grundschule „vom Land mit 70% gefördert“ (RaZ, ebd.), was nach Meinung der FDP-Fraktion „günstiger als ein Transfer der Kinder nach Olewig sei“ (RaZ, ebd.). Dass aber die Grundschule in Olewig mit diesem „Transfer“ von Schüler/innen ebenfalls erhalten werden könnte – und zwar ohne dass Millionen zusätzlich investiert werden müssten wie dagegen in Ambrosius! -, spielt für die FDP keine (finanzielle) Rolle! Aber nicht nur das: Großzügig sieht die FDP-Fraktion über ein weiteres Problem des Grundschulstandortes Tarforst hinweg. Hier wünscht die Mehrheit der Eltern nämlich keine „Ganztagsschule“. Diese wurde aber von Mainz gefordert, um die Förderungen zu genehmigen. Allerdings steht derzeit überhaupt noch nicht fest, „ob [...] die Betreuung der Kinder wie bisher bis 15.00 Uhr gewährleistet werden kann“ (RaZ, ebd.), was aber eine Bedingung für den von Mainz geforderten Ganztagsbetrieb wäre. Nun kommt aber das scheinheilige FDP-Argument: „Auch wenn dies gelingt, so steht aufgrund der aktuellen Entwicklung zu befürchten, dass man auf lange Frist (sic.) letztlich mit Steuergeldern ein privatfinanziertes Angebot beerdigt und zwar ohne einen gleichwertigen Ersatz“ (RaZ, ebd.). Dies erstaunt doch nun sehr. Auf der einen Seite ist man bei der FDP froh, dass das Land mit 70% der Kosten einspringt, was man sich ja auch hätte ersparen können, wenn man „ein Teil der Tarforster Kinder quasi nach Olewig ausgelagert“ (RaZ, ebd.) hätte – was den Kindern von Altkürenz von allen Verantwortlich in Verwaltung und Rat wohlwissend zugemutet werden soll (!) -, auf der anderen Seite ziert man sich aber die von Mainz geforderte Bedingung einer „Ganztagsschule“, der der zwingend auch ein Mittagstisch gehört, umzusetzen, weil das „steuergeldfinanziert“ umgesetzt werden müsste. Da spielt es auch nur nebensächlich mit, dass die Stadtverwaltung in ihrer Vorlage anscheinend immer noch davon ausgeht, dass der Mittagstisch nach wie vor vom „Elternverein und dem Club Aktiv [...] weitergeführt“ (RaZ, ebd.) werden wird. Doch genau das ist nicht der Fall. „Im Vordergrund steht für uns aber zunächst trotzdem die Sicherung der Schulbezirksgrenzen in Tarforst als positives Signal für die Eltern“ (RaZ, ebd.). An dieser Stelle tritt die abgehobene Parteienoligarchie, von der schon weiter oben die Rede war, wieder einmal sehr deutlich zu Tage! Anscheinend geht es der FDP schon um eine bloße Wahlkampfstimmung, wenn diese Widersprüche, die oben aufgezeigt wurden, als „Signal für die Eltern“ (RaZ, ebd.) zu gelten habe. Eines ist sicher: Es geht der FDP weder um die Grundschüler/innen in Trier, denn dann müsste sie konsequent auch für die Kinder in

Altkürenz eintreten, was sie aber nicht macht, noch geht es ihr um die Umsetzung des Ganztagschulkonzeptes! Es geht ihr um bloße Klientelpolitik mit dem unzureichenden Schlagwort: ein „privatfinanziertes“ Angebot!

4. Zum Schluss rudert die Stadt Trier in Bezug auf die „Soziale-Stadt“ Trier-Nord zurück. „Stadt nicht schuld an Küchenschließung“ (RaZ, ebd.). Was ist hier los?

„Förderung weggefallen: Für den Betrieb der Großküche und des Cafés seien keine städtischen Zuschüsse geflossen. Die Einstellung des Küchenbetriebes Ende 2012 resultiere aus dem Wegfall der entsprechenden Arbeitsmarktförderprogramme durch den Bund. Das höhere wirtschaftliche Risiko und der Nachteil, dass dieser Bereich nicht mehr die soziale Zielsetzung des Trägers zur Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration benachteiligter Menschen des Stadtteils erfülle, habe den Träger veranlasst, Küche und Café zu schließen“ (RaZ, ebd.).

Diese Begründung ist gleich in mehrerer Hinsicht beachtlich: Nicht nur, dass sich an diesem Beispiel erneut bestätigt, was schon seit langem (vgl. 2009 Wahlkampfvideo im Offenen Kanal Trier) mein Vorwurf an die Verantwortlich in der Stadt war und ist, nämlich dass das Konzept der „sozialen Stadt“ in Trier nur insofern von Bedeutung ist, als es öffentliche Gelder abzuschöpfen gilt und nicht darum, weil Menschen vor Ort „bedürftig und sozial benachteiligt“ sind. So weist die Stadt ihre Verantwortung für die durchaus sinnvolle „Ausbildungsküche“ von sich mit dem Argument, man habe ja auch bisher nichts zu den anfallenden Kosten beigetragen! Ganz im Gegenteil: weil man bisher nichts beigetragen habe, ist der Bund nun schuld, weil er nun seine Fördergelder gekürzt habe! Und auch der bisherige „Träger“ trage „schuld“, weil er seine Ausrichtung und „Zielsetzung“ (RaZ, ebd.), vom Bund Gelder für Integrationsmaßnahmen zu bekommen, einfach geändert habe, nachdem ihm klar wurde, dass auf diese Art und Weise, nämlich durch den Betrieb einer „Ausbildungsküche, nichts mehr zu verdienen sei! - Super! Und klar ist darum auch, weil eben darum auch „selbstverständlich“ (!), dass die Stadt selbst keinerlei Ambitionen hat, etwas für die „benachteiligten Menschen des Stadtteils“ (RaZ, ebd.) zu tun! So wie es „Mietnomaden“ gibt, die einem Vermieter das Leben mitunter schwer machen, so gibt es auch Träger und Städte, die als bloße „Sozialförderungsnomaden“ bezeichnet werden müssen: Das Schicksal der nach eigenen Angaben „bedürftigen Bevölkerung“ geht ihnen am Gewissen total vorbei, solange es keine Fördermittel gibt: Fördermittel, die im Übrigen so oder so auch „steuerfinanziert“ gewesen wären. Aber: Die Stadt hat keine Schuld ...! Na, Hauptsache andere sind es!